

Landtag Aktuell

6. Ausgabe

Düsseldorf, 04.02.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU diskutiert Schulpolitik – Diskutieren Sie mit

Die CDU in Nordrhein-Westfalen diskutiert vor dem Landesparteitag am 12. März in Siegen ihre neuen schulpolitischen Grundsätze. Solche Debatten dienen der innerparteilichen Meinungsbildung und sind grundlegend, um am Ende ein von allen getragenes Konzept zu bekommen, mit dem man um Zustimmung werben kann.

Die Grundzüge kristallisieren sich bereits heraus: Wir wollen am angebotsorientierten mehrgliedrigem Schulsystem festhalten, seine Stärken aus- und seine Schwächen abbauen. Jedes Kind soll nach seinen Fähigkeiten individuell gefördert werden. Wir stellen nicht die Systemfrage sondern die Inhaltsfrage. Dazu gehört die Klassengrößen zu verringern und Lehrer praxisorientierter auszubilden sowie angemessen zu bezahlen. Am Recht auf wohnortnahe Bildung darf trotz des demografischen Wandels nicht gerüttelt werden.

Wir brauchen mehr Sozialarbeiter an unseren Schulen. Die Lehrpläne müssen den neuen Anforderungen angepasst werden. Das betrifft insbesondere die Gymnasien und die Umstellung auf das 12-jährige Abitur.

Den vollständigen Entwurf des Programms finden Sie hier: <http://bit.ly/hzR8SI>. Ich würde mich freuen, Ihre Ideen und Vorschläge zu erfahren. Schreiben Sie mir an newsletter@gregor-golland.de.

Plädoyer für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen unseres Landes



Die Junge Gruppe der CDU-Landtagsabgeordneten steht in engem Kontakt mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der zugleich Chef der NRW CDU ist. Bei unserem jüngsten Treffen waren wir uns einig, dass Schluss sein müsse mit dem unverantwortlichen Verbrauch von natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes. Nachfolgende Generationen müssen darauf vertrauen können, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln schonend umgehen. Bestätigung erhält diese Auffassung beispielsweise durch die Einstweilige Anordnung des Verfassungsgerichtshofes in Münster gegen den Nachtragshaushalt 2010 des Landes NRW.

Einstimmige Kritik verursachte die grün-rote Gefälligkeitpolitik, die nur das Ziel hat, Wahlgeschenke zu verteilen, statt das Land auf solidem Kurs zu halten. Auch der „plötzliche Fund“ von 1,3 Milliarden Euro zeige, wie wenig nachhaltig Grün-Rot mit dem Geld der Steuerzahler umgeht. Für die CDU muss es deshalb jetzt darum gehen, deutlich zu machen, dass die NRW-Christdemokraten die besseren inhaltlichen und personellen Alternativen stellen. Hierzu zählen für die junge Gruppe insbesondere Themen der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, etwa in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft, Umwelt, Energie, Schule und der Nutzung digitaler Medien.

„Burn-Out-Syndrom“

Der Bundesverband Deutscher Psychologen hat uns darüber informiert, dass Frauen stärker unter „Burn-Out“ leiden als Männer. Zurück geführt wird das vor allem auf die häufige Doppelbelastung durch Beruf und Familie. Davon sind nicht nur weibliche Berufstätige und vor allem Führungskräfte, sondern auch Hausfrauen und Mütter betroffen. Auch das Müttergenesungswerk weist seit Jahren darauf hin, dass Mütter so vielen Belastungen ausgesetzt sind, dass viele am „Burn-Out-Syndrom“ erkranken.

Darum fordere ich, dass im Hinblick auf die psychische Gesundheit von Frauen, die Rahmenbedingungen für deren Erwerbs- und Familienarbeit weiter verbessert werden. Im Einzelnen fordere ich von der Landesregierung die Fortführung des von der Vorgängerregierung forcierten Ausbaus der Kinderbetreuung, den Einsatz für die konsequente Umsetzung des Teilzeit- und des Gleichstellungsgesetzes und die Förderung der Berufschancen beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit in Form von Coaching-Angeboten für Frauen und Stressbewältigungs-Trainings für beide Elternteile.